

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/100

26. Mai 1976

Auch in der Europapolitik handlungsunfähig

Die CDU auf dem Weg zurück in die fünfziger Jahre

Von Wilhelm Dräcker

Vorsitzender des Bundes der Sozialdemokratischen  
Parteien in der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied  
des Präsidiums der SPD

Seite 1 / 40 Zeilen

Ihnen paßt die ganze Richtung nicht...

Entlarvender Jahresbericht einer Interessenvertretung

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 2 / 37 Zeilen

Im eigenen Hause den Beweis schuldig geblieben

In Mainz hatte der CDU-Vorsitzende gegen die Jugend-  
arbeitslosigkeit nicht viel mehr als Gesundheitserei  
aufzubieten

Von Karl Thawirrh MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 3 / 36 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Jimmy Carters kompetenter Aufsatz

Sein Durchbruch bei den Demokraten erinnert an Kennedys  
Feldzug

Seite 4 bis 6 / 101 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telek: 08 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Auch in der Europapolitik handlungsunfähig

Die CDU auf dem Weg zurück in die fünfziger Jahre

Von Wilhelm Drücker

Vorsitzender des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in  
der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des Präsidiums der SPD

Wer vom Europatag der CDU in Hannover spektakuläre Ergebnisse erwartet hat, sieht sich enttäuscht. Wer hingegen der CDU Konzeptionslosigkeit auch auf dem Felde europäischer Politik bescheinigt, sieht sich bestätigt. Das mit viel Vorschauflorbeeren angekündigte "Europäische Manifest" der Christdemokraten entpuppte sich als ein unverbindliches Sammelsurium von Banalitäten und Platiitüden, als ein nostalgischer Warenhauskatalog anno 1950, der an der Realität von 1976 völlig vorbeizieht.

Das als Europaspektakel gedachte Auftreten ausländischer Gäste lief dem Parteitags-Strategen, Professor Biedenkopf, am Ende völlig aus dem Ruder. So geriet die Demonstration der Geschlossenheit europäischer Konservativer unversehens zu einem mitunter peinlichen Treffen ungleicher Partner, die kaum mehr verbindet als die Verteufelung der europäischen Sozialdemokratie. Prof. Biedenkopf, der seit Monaten am Dachverband der europäischen Konservativen zimmert, mußte enttäuscht miterleben, daß die Untermieter des Kartenhauses der europäischen Konservativen wegen Einsturzgefahr gar nicht erst be-  
ziehen wollen.

Seit Hannover hängt bei der "Koalition der europäischen Verlierer" der Heuseegen schiefe. Großbritanniens konservative Oppositionsführerin Margret Thatcher schmierte zwar den deutschen Gastgebern mit Goethe-Versen den Honig gleich zentimeterdick um den Bart. In der alles entscheidenden Frage, ob die Tories von der Insel der kürzlich gegründeten "Europäischen Volkspartei" beizutreten beabsichtigen, kam aber ein britisch unterkühltes "No". Und der belgische Parteifreund, Premier Leo Tindemans, Verfasser einer wegen ihres Realismus international anerkannten Studie über die Europäische Union, handelte sich Kritik vom Kanzlerkandidaten Kohl ein. Das von Tindemans vorgeschlagene abgestufte Vorgehen, zur Sicherung des derzeitigen Integrationsstandes der EG, paßt dem deutschen Unionemann nicht ins heimtliche politische Konzept, weil der SPD-Vorsitzende Willy Brandt es vor Jahresfrist ins Gespräch brachte.

Am Ende ließ Helmut Kohl auch noch die einzige Gelegenheit aus, Einfluß auf den Lauf der europäischen Politik zu nehmen. Der erwartete Appell an die mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei liebäugelnden französischen Gaullisten, ihren Widerstand gegen die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament aufzugeben, und dadurch einen Kompromiß der Regierungschefs doch noch zu ermöglichen, blieb aus.

Die Sozialdemokraten können zwar der CDU dankbar dafür sein, daß sie ihre europäische Handlungsfähigkeit dem Wähler noch rechtzeitig öffentlich dergestellt haben. Daß für die Weiterentwicklung der europäischen Dinge nach dieser mißglückten Show so wenig Hoffnung auf die Christdemokraten gesetzt werden kann, bleibt für uns alle bedauerlich. (-/26.5.1976/mie/pr)

Innen paßt die ganze Richtung nicht...

---

Entlarvender Jahresbericht einer Interessenvertretung

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Wie ein Lehrstück aus dem 19. Jahrhundert liest sich der jüngste gemeinsame Jahresbericht des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie und des Verbandes der Chemischen Industrie, Landesverband Bayern. Mit einer seltenen Mischung aus unternehmerischem Unmut und Fatalismus wird die gesamte Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition in Besuch und Bogen verdammt:

"Neue Gesellschaftsstrukturen belasten das Wirtschafts- und sozialpolitische Klima"/"Kritik an der hemmungelosen Überforderung der Arbeitnehmer und der Wirtschaft durch die Kostenlast der Wohlstandsgesellschaft"/"... registrieren die beiden Verbände ein wachsendes Unbehagen an gesellschaftspolitischen Veränderungen, wobei sie besonders das am 1. Juli 1976 in Kraft tretende Mitbestimmungsrecht im Auge haben"/"Auf Unternehmen aller Größenordnung stürmt eine solche Überfülle neuer gesetzlicher Regelungen ein, daß sich allmählich sogar ein 'gewisser Fatalismus' breitmacht. Im sozialpolitischen Bereich sind beispielhaft dafür das Betriebsärztegesetz, die Arbeitsstätten-Verordnung und das Jugendarbeitsschutzgesetz"/"Eine für die Zukunft besonders kostspielige Regelung ist das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung"/"Leider wird es den Betrieben immer schwerer gemacht, die Berufsausbildung praxisbezogen weiterzuführen. Jüngstes Beispiel dafür ist das neue Jugendarbeitsschutzgesetz".

Diese Sprache ist nicht neu. Mit ähnlichen Tönen haben die Herren über Kapital und Menschen jeglichen Fortschritt in der Sozialgeschichte unseres Volkes begleitet. Es war ihnen immer zu viel, es ging ihnen immer zu weit, die Grenzen des Sozialstaates waren für sie zu jedem Zeitpunkt erreicht. Für sie war Sozialpolitik im Arbeitsleben immer schon eine Einmischung in unternehmerische Freiheiten und Gewinnerwartungen.

Wie lange wird es noch dauern, bis solche Unternehmer und ihre Interessenvertreter zur Kenntnis nehmen, daß es neben der unternehmerischen Freiheit auch eine Würde des Menschen gibt, der auch Arbeitnehmer teilhaftig sind, daß in unserem Grundgesetz ein Sozialstaatsgebot und eine Verpflichtung zur Demokratie verankert sind, die der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit deutliche Grenzen setzen?

Wie lange wird es noch dauern, bis sie lernen, daß die Menschlichkeit vor der Rentierlichkeit kommt?  
(-/26.5.1976/va/pr)

Im eigenen Hause den Beweis schuldig geblieben

In Mainz hatte der CDU-Vorsitzende gegen die  
Jugendarbeitslosigkeit nicht viel mehr als Gesundheitsereiz aufzubieten

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland Pfalz

Als "wichtigen Auftrag", den eine von der Union geführte Bundesregierung erfüllen müsse, bezeichnete es der CDU-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung der CDU in Hannover, den "Skandal der Jugendarbeitslosigkeit" zu bekämpfen. Der eigentliche Skandal indessen ist, daß - nachdem die Gegenmaßnahmen des Bundes auch und gerade in Rheinland-Pfalz voll zu greifen begonnen haben - ausgerechnet ein Politiker von dem "Skandal der Arbeitslosigkeit" öffentlich spricht und Gegenvorstellungen fordert, der eben diese Initiative dort schuldig geblieben ist, wo er sie hätte unter Beweis stellen können. Denn das, was der Mainzer Regierungschef "Skandal" zu nennen beliebt, ist genau in dem Lande am größten, wo er seit 1969 und wo die CDU seit Kriegsende allein oder fast allein das Segen hat: in Rheinland-Pfalz.

Obwohl die Tatsache, daß Rheinland-Pfalz in der Jugendarbeitslosigkeit an der Spitze im Bundesgebiet liegt, bekannt war, war die Landesregierung nicht zu zusätzlichen Maßnahmen zu bewegen. Als beispielsweise im Dezember Fraktionskollegen die Landesregierung wegen zusätzlicher Programme zur Arbeitsbeschaffung befragten, winkte Kohls Sozialminister ab: Es sei nichts nötig und es sei nichts vorgesehen. Munter wurden Kohl und Geißler, die immer mehr die Mainzer Hausaufgaben (wofür sie letztlich gewählt sind und auch bezahlt werden) vernachlässigen, erst, als zu Beginn des Jahres die Bundesregierung ihr 300-Millionen-Programm zur zusätzlichen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorlegte und andere Länder, wie etwa Nordrhein-Westfalen und Hessen, ebenfalls große Zusatzprogramme ankündigten.

Über Nacht mußte Geißler plötzlich ebenfalls mit Vorschlägen ins Kabinett kommen. Was geschah, war allerdings wenig, war "schmalbrüstig", wie selbst CDU-Leute einräumten. Mit ganzen 2,4 Millionen DM und einer Fragebogenaktion des Wirtschaftsministeriums gingen Kohl und die seinen daran, den "Skandal der Jugendarbeitslosigkeit" abzubauen. Und auch das befristet bis zum Juni dieses Jahres. Wie gesagt, 2,4 Millionen DM bei 10.000 jugendlichen Arbeitslosen unter 21 Jahren, das war auch ein Skandal, zumal das Landesarbeitsamt die Kohl-Regierung rechtzeitig auf dieses Problem aufmerksam gemacht hatte, und zwar nicht erst im Herbst 1975, sondern schon im Winter 1974/75.

Dr. Kohl wird sich bei allem, was er heute seinem mehr oder minder gläubigen Parteivolk verkündet, an seinen nachprüfbaren Leistungen in Rheinland-Pfalz messen lassen müssen. Er sieht dabei nicht nur bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schlecht aus. (-/26.5.1976/mie/pr)

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Jimmy Carters kompetenfter Aufstieg

Sein Durchbruch bei den Demokraten erinnert an Kennedys Feldzug

Wenn am 12. Juli in New York der Parteikongreß der Demokraten zusammentritt, um den Präsidentschaftskandidaten für die amerikanische Präsidentschaftswahl im November dieses Jahres zu nominieren, wird kaum ein Weg an James Earl Carter, dem Erdnußfarmer aus Georgia, vorbeiführen. Selten in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat ein Kandidat die Hürde des Unbekanntseins in den Primaries so wirkungsvoll genommen wie Jimmy Carter.

Sein Durchbruch in der demokratischen Partei ist dem Eroberungsfeldzug eines John F. Kennedy vor sechzehn Jahren durchaus ebenbürtig. Die Gründe für seinen Erfolg hängen sowohl mit der Stimmungslage der amerikanischen Bevölkerung zusammen als auch mit seiner Persönlichkeit. Amerika sehnt sich nach einer Periode tiefer innen- und außenpolitischer Verstrickungen nach einem neuen Gesicht, das nicht zum Establishment gehört und dem amerikanischen Regierungsapparat eine Blutzufuhr und die Erneuerung ermöglicht. Jimmy Carter kommt dieser Sehnsucht nach Erneuerung und Wiederbelebung vergessener Ideale entgegen. Er weicht vom herkömmlichen Typ eines amerikanischen Politikers, der die Macht der Apparate und den Einfluß wichtiger Gruppen und Zirkel zu nutzen versteht, also "in" ist, beträchtlich ab. Er setzt ganz auf die Kraft persönlicher Überzeugung im Parteivolk, ohne die Unterstützung der Mächtigen. Sein intellektuelles, politisches und moralisches Format ist von vielen unterschätzt worden.

Carters politischer Standort liegt in der Mitte. Der häufig ihm gegenüber erhobene Vorwurf, er entziehe sich der klaren Stellungnahme und weiche den entscheidenden Problemen aus, hängt unmittelbar mit seiner auf Ausgleich gerichteten politischen Haltung zusammen. Er ist ein zutiefst religiöser Mann, dessen Glauben sich u. a. auf Reinhold Niebuhr und Paul Tillich stützt, die sicherlich nicht die schlechtesten Ratgeber der Politik sind. Selten hat die Religion im amerikanischen Wahlkampf eine so

bedeutende Rolle gespielt. Der Rückgriff auf Religion und moralische Kategorien ist nach Vietnam und Watergate kein Zufall. Der Macht der Waffen, des Ehrgeizes und schließlich des Bösen soll die Macht des Glaubens, der moralischen Werte und der Güte folgen.

Carter kommt diesen Tendenzen entgegen, und zwar nicht nur auf taktische Weise, sondern Kraft seiner Persönlichkeit durchaus glaubhaft und Überzeugend. Er scheint durchaus in der Lage zu sein, die Wunden, die der Vietnamkrieg und die Watergate-Affäre im Inneren Amerikas geschlagen haben, zu heilen. Er gehört zu denjenigen, die das amerikanische Engagement in Vietnam zunächst gestützt, es aber später bereut haben und dagegen waren. Carter hat sich bislang nur selten ausführlicher zu seinen außenpolitischen Vorstellungen geäußert.

Seine erste Stellungnahme war eine Rede vor dem außenpolitischen Rat von Chicago Mitte März dieses Jahres. In dieser Rede war die Handschrift seines wichtigsten außenpolitischen Beraters, Prof. Zbigniew Brzezinski, deutlich zu spüren. Zum außenpolitischen Beraterkreis von Carter gehören ferner Milton Katz von der Harvard Law School, Richard Gardner, Professor an der Columbia University und ehemaliger Mitarbeiter des State Department, Richard Cooper von der Yale University und Cyrus Vance, ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister unter McNamara. Cyrus Vance gilt als Kandidat für das State Department falls Carter die Wahlen gewinnen sollte. Weiter zählen Paul Nitze und Paul Warnke, die ebenfalls Regierungserfahrung im Pentagon haben, als außenpolitische Berater Carters. Vor kurzem trat auch Averell Harriman, ein altgedienter Diplomat, dem Beraterstab Carters bei. Aus dem Stab Kennedys hat sich Theodor Sorensen der Beratergruppe Carters angeschlossen. Richard Holbrooke, jetzt Herausgeber der Zeitschrift Foreign Policy und Anthony Lake, beide früher im Weißen Haus und im State Department als Mitarbeiter tätig, sind von Carter ebenfalls als Berater hinzugezogen worden.

Carter selbst hat nur geringe außenpolitische Erfahrungen. Er hat sich jedoch in der von Zbigniew Brzezinski ins Leben gerufenen Trilateral Commission, die sich in ihren Arbeiten vor allem mit dem Verhältnis der westlichen Industrieländer zueinander beschäftigt, engagiert. Die zentralen Gedanken seiner politischen Überzeugung sollen auch in der Außenpolitik Geltung haben. Dazu gehört:

- eine offene, ehrliche, anständige und mitfühlende Außenpolitik;
- eine Außenpolitik, die vom Respekt für die Individualität anderer

26. Mai 1976

Nationen getragen ist;

- die Wiederherstellung der moralischen Autorität Amerikas;
- die Suche nach einer gerechten Friedensordnung.

In diesen Grundsätzen steckt ein gutes Stück Anti-Kissinger-Politik, jedenfalls im Stil. Er bekennt sich zur Entspannungspolitik, will aber - wie er in einem Interview zur Außenpolitik in Newsweek (10. Mai 1976) erklärte - von der Blockpolitik und der Geheimdiplomatie abrücken und die bilateralen Beziehungen der USA zu einzelnen Ländern, vor allem zu Europa, zu Japan, zur Sowjetunion und China pflegen. Ohne die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wird es seiner Meinung nach keine Lösung des Nahost-Konflikts, keinen Schutz für Südkorea und keine Abrüstung geben. Für eine Begrenzung der Nuklearwaffen und für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen hat sich Carter besonders stark engagiert. In einer Rede vor einer Konferenz über Nuklearenergie und Weltordnung, die Mitte Mai im Hause der Vereinten Nationen in New York stattfand, hat Carter ein weltweites freiwilliges Moratorium für den Kauf oder Verkauf von Nuklearanlagen vorgeschlagen. Er sprach sich außerdem für die Vereinbarung eines generellen Verbots von Nuklearexplosionen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für die Dauer von fünf Jahren aus.

Kritisch äußerte sich Carter auch zur KSZE, an der er - wäre er Präsident gewesen - nicht teilgenommen hätte. Auch hier ist die Gegenposition zu Kissingers Diplomatie erkennbar. Eine bemerkenswert offene Einstellung hat Carter in der Diskussion über eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien eingenommen. Er halte es für kurzfristig - so erklärte er in seinem Newsweek-Interview - "öffentlich mit Breschnew und den Führern der Sowjetunion zu verhandeln und uns zu weigern, politische Führer in einem NATO-Land, die kommunistisch sind, zu verstehen und sich mit ihnen vertraut zu machen. Ich glaube, daß wir die demokratischen Kräfte in Italien nachhaltig unterstützen sollten, aber dennoch sollten wir den kommunistischen Führern in Italien nicht die Tür für eine Freundschaft mit uns zuschlagen. Ich bin dagegen, von vornherein um Italien herum eine Mauer zu ziehen, falls die Kommunisten erfolgreich sein sollten".

Carters Außenpolitik brauchte niemand zu fürchten. Es ist die Außenpolitik der Mitte. Der milde Populist will schroffen Rückzug ebenso vermeiden wie überzogenen Interventionismus.

Dieter Dettke

(-/26.5.1976/mie/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller